



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 7. November 2018

Von Wolfgang Liedtke, Fraktionspräsident SP

Am 7. November fand eine Sitzung des Grossen Gemeinderates statt, die für unsere Fraktion mit einer grossen Enttäuschung endete. Aber der Reihe nach.

Am Rande sei bemerkt, dass es sich um die erste Gemeinderatssitzung handelte, in der die zu behandelnden Geschäfte mit einer Ordnungsnummer des Gemeinderates geführt wurden. Bisher wurden die Nummerierungen des Stadtrates verwendet.

Fragestunde

Stefan Neubert (GLP) wollte wissen, ob eine Untersuchung der Stadt zur zukünftigen Verkehrsbelastung in Adliswil durch den Ausbau des Parkplatzangebotes im Zusammenhang mit diversen anstehenden Bauprojekten (wie beispielsweise der Bushof oder die Bebauung des Stadthausareals) durchgeführt wurde. Die zuständige Stadträtin Susi Senn wies in ihrer Antwort darauf hin, dass die Zahl der Parkplätze nur leicht wachse, da im Zuge der Bauprojekte jeweils oberirdische Parkplätze aufgehoben werden müssten. Sie erläuterte, dass der Stadtrat durch das grössere Parkplatzangebot keinen zusätzlichen Verkehr erwarte, sondern weniger Suchverkehr.

Einbürgerungen

Zum dritten Mal in diesem Jahr wurden zahlreiche Migranten eingebürgert, dieses Mal aus den USA, Iran, Estland, Deutschland, Japan, Mazedonien, Sri Lanka, Portugal, Slowakei und der Mongolei.

Das traurige Spiel der FDP und der Freien Wähler: Gescheiterte Einführung von Betreuungsgutscheinen

Bereits in den zwei Tagen vor der Sitzung des Gemeinderates entwickelte sich ein reger Email-Verkehr zwischen den Fraktionspräsidenten, dem Präsidenten der Sachkommission sowie dem Gemeinderatspräsidenten. Zunächst teilte der Präsident der FDP/EVP-Fraktion der SP-Fraktion mit, dass sie den Antrag der SP, den Beschluss zu einem jährlichen Verpflichtungskredit über 1,31 Millionen Franken zu streichen, unterstützen würden. Die SP-Fraktion war der Meinung, dass bei einem Erlass ein Verpflichtungskredit überflüssig ist. Dies weil Betreuungsgutscheine gemäss Erlass auch dann weiter finanziert werden müssen, wenn das dazu vorgesehene Jahresbudget ausgeschöpft ist. Gemeinderatspräsident Davide Loss (SP), der diese Frage beim Gemeindeamt geklärt hatte, machte dies vor der Sitzung nochmals in einem E-Mail an alle Fraktionen deutlich. Daraufhin entspann sich eine Diskussion darüber, ob die Berechtigung eines Verpflichtungskredites in einem Erlass und insgesamt die finanziellen Auswirkungen dieses Erlasses von der Sachkommission ausreichend geprüft worden waren.

In der Gemeinderatssitzung vertrat der Präsident der Sachkommission Stefan Neubert (GLP) in seinem Votum die Ansicht, dass die Prüfung der Sachkommission (SaKo) mit Unterstützung der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ausreichend war. Der Präsident der RPK widersprach und legte dar, dass die RPK keine Stellungnahme zu dieser Frage abgegeben hatte.

Ein Gemeinderat der SVP erläuterte, dass seine Fraktion dem Geschäft insgesamt zustimmen wolle, aber wie auch die Freien Wähler und die FDP/EVP den Minderheitsantrag für eine tiefere Obergrenze beim Jahreseinkommen der Erziehungsberechtigten unterstützen wollten.

Im Namen der SP-Fraktion hielt Angelika Sulzer das folgende Votum:

Wir von der SP sind wir erleichtert und stimmen dem Geschäft zu. Für die Familien in unserer Gemeinde sind die Betreuungsgutscheine von grosser Bedeutung und eine wichtige Entlastung. Durch die Subventionen wird den Familien Unterstützung angeboten. Die Gutscheine lassen die Familien individuell entscheiden, welches die bestmögliche Betreuungsform für ihr Kind bzw. ihre Kinder sind. Wir sind doch erstaunt darüber, dass es einen Minderheitsantrag im Hinblick auf die Obergrenze gibt. Wir sind der Meinung, dass die Subventionen für schulergänzende und vorschulische Betreuung gleich hoch sein sollten und nicht wie bis anhin unterschiedlich. Also beide 95'000 CHF als Einkommensobergrenze. Die Mittelschicht wird damit auch berücksichtigt.

Für die Frau ist es wegweisend, sobald als möglich wieder ins Berufsleben einzusteigen, um bei der Arbeit wieder Fuss fassen zu können. Nicht zuletzt profitiert auch die Wirtschaft.

Es geht aber nicht nur um die Familie und die Frauen, sondern insbesondere um das eigentliche und wichtigste Gut: Das Wohl des Kindes. Mit dem neuen Schulmodell HARMOS werden die Kinder bereits mit vier Jahren eingeschult. Durch die Betreuung in einer Kita können die Kinder viele wertvolle Erfahrungen sammeln, die ihnen den Start in den Kindergarten erleichtern.

Aus all diesen Gründen sind wir von der SP für die Annahme der Betreuungsgutscheine. Die SP-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass die Bewilligung eines Verpflichtungskredites (Ziffer II) im Zusammenhang mit einem Erlass nicht korrekt ist. Meine Fraktion wird daher der Ziffer II nicht zustimmen.

Entgegen der Zusage in seiner E-Mail an die SP stellte der Fraktionspräsident der FDP/EVP einen Rückweisungsantrag mit der Begründung, ohne den Verpflichtungskredit gäbe es keine Bremse für die Ausgaben zugunsten der Kinderbetreuung. Die Sachkommission solle die finanzpolitischen Auswirkungen vertieft prüfen und einen neuen Antrag stellen.

Für die SP lehnte Wolfgang Liedtke den Rückweisungsantrag mit den folgenden Worten ab:

Ich zitiere den Präsidenten der Sachkommission, der eben sagte, dass man ein Haar in der Suppe gefunden habe, mit dem man nun den Erlass für die Betreuungsgutscheine zurückweisen wolle. Was sind eigentlich die Ziele dieses Geschäftes?

Erstens: Eine Ungleichbehandlung zu beseitigen, die darin besteht, dass Eltern, welche das Glück haben, einen Betreuungsplatz im Kinderhaus Werd zu bekommen, in den Genuss einer subventionierten Tagesbetreuung kommen. Diejenigen aber, die nur einen Betreuungsplatz in einer privaten Kindertagesstätte erhalten können, nicht in den Genuss der städtischen Unterstützung kommen.

Zweitens: Eine Ungerechtigkeit zu beseitigen. Das heisst, es Frauen zu ermöglichen, einen Kinderwunsch und eine Berufstätigkeit miteinander zu kombinieren, ohne eine mehrjährige Betreuungspause samt den damit verbundenen Nachteilen in Kauf nehmen zu müssen. Denn es sind fast immer die Frauen, welche – nach einem Vergleich des Nettoeinkommens mit den anfallenden Betreuungskosten - die Kinder betreuen und auf eine Berufstätigkeit verzichten.

Beides – Kinderwunsch und Berufstätigkeit der Frauen – sind in unser aller Interesse. Die Bevölkerung Adliswils altert, Adliswil muss attraktiv für junge Familien sein. Zu dieser Attraktivität gehören gute und kostengünstige Betreuungsangebote.

Der Rückweisungsantrag der FDP/EVP wurde nur von den Freien Wählern unterstützt und von 21 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

In seinem Votum erklärte sich der zuständige Stadtrat Renato Günthardt mit den Vorschlägen der SaKo, das heisst einer Obergrenze für das Jahreseinkommen von 95'000 Franken sowie mit einem Evaluationsbericht zu den finanziellen Auswirkungen nach acht Jahren, einverstanden. Er erläuterte ausserdem, dass er sich nach der Zulässigkeit eines Verpflichtungskredites in einem Erlass erkundigt habe. Er habe die Auskunft erhalten, der Beschluss eines Verpflichtungskredites bei diesem Erlass sei korrekt. Damit gab der Stadtrat eine andere Auskunft als der Gemeinderatspräsident.

Bezüglich des Verpflichtungskredits beantragte der Gemeinderatspräsident die Ablehnung, der Stadtrat die Annahme. Dem Antrag des Stadtrates folgten 12 gegen 9 Stimmen. Bedauerlicherweise haben sich die Grünen, die sich im Vorfeld gegen den Verpflichtungskredit ausgesprochen hatten, bei dieser Abstimmung enthalten. Ihre Stimmen hätten zusammen mit dem Stichtscheid den Verpflichtungskredit abgelehnt und damit – wie wir noch sehen werden, das gesamte Geschäft zur Annahme gebracht.

Im weiteren Verlauf der Beratung wurde noch über zwei Minderheitsanträge der Kommissionsmitglieder der FDP/EVP und der Freien Wähler abgestimmt. Zum einen ging es um die bereits erwähnte Senkung der Einkommensobergrenze für die Erziehungsberechtigten von 95'000 auf 80'000 Franken, beim anderen Minderheitsantrag ging es darum, den Erlass auf 8 Jahre zu begrenzen und dann neu zu entscheiden. Die CVP/GLP-Fraktion sprach sich wie die Mehrheit der SaKO und die SP für die Zustimmung zum Erlass mit der Obergrenze von 95'000 Franken Jahreseinkommen aus. Dem schlossen sich auch die Grünen an. Dieser Antrag wurde wie auch der zur Begrenzung der Gültigkeitsdauer des Erlasses jeweils sehr knapp, nämlich mit dem Stichtscheid des Gemeinderatspräsidenten, abgelehnt.

Bei der Schlussabstimmung gab es 18 Ja-Stimmen, 3 Ablehnungen und 12 Enthaltungen. Wegen des Verpflichtungskredits von 1,13 Millionen Franken pro Jahr unterlag dieses Geschäft aber der Ausgabenbremse. Dies bedeutet, dass die absolute Mehrheit des Gemeinderates zustimmen muss. Diese Mehrheit wurde um eine Stimme verfehlt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Betreuungsgutscheine an der Festlegung eines Verpflichtungskredites gescheitert ist, der laut Auskunft des Gemeindeamtes bei einem Erlass keine Wirkung hat und deshalb überflüssig ist. Mit den Stimmen der Grünen hätte der Verpflichtungskredit abgelehnt werden können. Warum sie sich bei der Abstimmung enthielten, bleibt ein Rätsel.

Kreditabrechnung über Kindergartenumbau und -erweiterung im Sonnenrain und in der Sihlau

Nach der Enttäuschung über das Ergebnis bei den Betreuungsgutscheinen wurde die Beratung der Kreditabrechnung über die Kindergärten sehr schnell abgewickelt. Für die RPK berichtete das SP-Fraktionsmitglied Esen Yilmaz:

Meine RPK Kollegin Frau Heidi Jucker und ich haben die Abrechnung am 4. September des Jahres zur Prüfung zugewiesen erhalten. Die Kreditabrechnung war sehr gut aufgegleist und dokumentiert. Die Erläuterungen und Kommentare waren nachvollziehbar und erklärend. Das Projekt wurde sogar unter Budget realisiert, was sehr erfreulich ist. Diese Minderausgaben lassen sich wie folgt erklären:

1. Sonnenrain: Anfangs sei geplant gewesen, die Leuchten im ganzen Bestand zu erneuern. Darauf ist vorläufig verzichtet worden, weil der Rest des Bestandes zu einem späteren Zeitpunkt im Innenbereich umgebaut und saniert wird. Deshalb hat das zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn gemacht. Der Hort Sonnenrain wird, wenn der Sonnenberg neu in Betrieb geht, wieder zum Kindergarten umfunktioniert werden. Das ist Teil der Gesamtstrategie Sonnenberg-Wilacker.

2. Sihlau: Verschiedenes im Bestand musste nicht ersetzt oder gemacht werden. In einem Umbau-/Sanierungsprojekt könne das vor Baubeginn nur schwer abgeschätzt werden. Bei

diesem Kindergarten gab es über alle Positionen Einsparungen, was am Schluss zu einer sehr positiven Entwicklung geführt hat.

Wir danken der Verwaltung für das gut aufgegleiste Geschäft, der Stadträtin Karin Fein für die schnelle und detaillierte Beantwortung unserer Fragen. Die RPK empfiehlt dem Grossen Gemeinderat einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und der Kreditabrechnung zu Handen der Urnenabstimmung zuzustimmen.

Der Gemeinderat stimmte der Kreditabrechnung einstimmig zu.

Zum Schluss der Sitzung verabschiedete der Gemeinderatspräsident Davide Loss (SP) die Stadtschreiberin Andrea Bertolosi und dankte ihr für die gute Zusammenarbeit.